

Kommunalpolitische Positionen -

Kommunale Haushalte und Steuern

Die Unternehmen in der Region sind auf attraktive Standorte mit einer leistungsstarken Infrastruktur angewiesen, um erfolgreich und international wettbewerbsfähig wirtschaften zu können. Aus der Wertschöpfung der Unternehmen und aus Beschäftigung folgen wiederum höhere Steuereinnahmen, welche die Leistungsfähigkeit der Kommunen vor Ort stützen.

- **Steuern maßvoll gestalten:** Die Höhe der Realsteuerhebesätze beeinflusst auch die Attraktivität des Standorts. Ein weiteres Drehen an der Steuerschraube schadet den Unternehmen und damit mittelfristig auch den Kommunen. Im Vergleich zu angrenzenden Kommunen in Rheinland-Pfalz ist die Belastung für die Unternehmen in NRW immer noch deutlich höher. Die Realsteuerhebesätze müssen deshalb maßvoll gestaltet sein.
- **Grundsteuerreform – zusätzliche Belastungen vermeiden:** Die Umsetzung der Grundsteuerreform ist in NRW mit hohem bürokratischen Aufwand für die Steuerpflichtigen erfolgt. Die Möglichkeit der Einführung von gesplitteten Hebesätzen darf in den Kommunen nicht zu einer Sondersteuer für Unternehmen mit zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft führen.
- **Verschuldung reduzieren:** Eine hohe Verschuldung belastet die Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit auf Jahrzehnte ein. Es müssen deutliche Anstrengungen unternommen werden, die Verschuldung zurückzufahren und nicht die Belastungen auf künftige Generationen zu verlagern.
- **Mit Aufgabenkritik Ausgaben reduzieren:** Um ihre Herausforderungen zu erfüllen, müssen die Kommunen auch die Ausgabenseite in den Blick nehmen. Dabei muss fortlaufend eine Aufgabenkritik betrieben und bei den Pflichtaufgaben die Standards überprüft werden.
- **Interkommunale Zusammenarbeit verstärken:** Digitalisierung und Shared Services können helfen, sich sachlich und personell zu spezialisieren. Infrastruktur und Personal können so besser ausgelastet werden und müssen nicht in jedem Fall mehrfach vorgehalten werden.
- **Kommunale Finanzen neu ordnen:** Alle Akteure müssen sich ernsthaft bemühen, das System so zu ordnen, dass die Gemeinden Anreize zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung haben und gleichzeitig durch einen bedarfs- und sachgerechten kommunalen Finanzausgleich die Existenz aller Kommunen gesichert ist. Es muss eine nachhaltige Lösung für den Umgang mit den Altschulden gefunden werden.
- **Volle Kostenübernahme für Auftragsverwaltung durch Bund und Land gewährleisten:** Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden, d.h. Aufgaben, die auf die Kommunen übertragen werden, müssen auch dem Aufwand entsprechend entlohnt werden. Dies ist in der Vergangenheit nicht geschehen und hat zu einer Überlastung der Kommunen beigetragen.